

# Saale-Beitung.

**Anzeigen**  
werden die Spaltenbreite oder den Raum mit 30 Pfg., solche mit 40 Pfg., 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.  
Kleinanzeigen die Seite 75 Pfg.  
Schriftlich vollständig postfrei;  
Sonntags und Feiertagen einmal,  
sonst zweimal täglich.  
(Der Abdruck unserer Original-Beiträge ist nicht gestattet.)

**Bezugspreis**  
Der Halle vierteljährlich 2.50 M., halbjährlich 4.75 M., jährlich 8.25 M., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.  
Im ausländischen Zeitungs-Bezugspreis unter Nr. 6816 eingetragen.  
Für die Redaktion verantwortlich: Max S. Garre in Halle.  
Verlagshaus von 10<sup>h</sup> bis 12<sup>h</sup>, Uhr.  
(Zustellungspreis: Redaktion Nr. 2533. — Expedition Nr. 176.)

Zehnter Jahrgang.

Nr. 606.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 29. Dezember

1903.

## Deutschland im Innern 1903.

Ganz andere Bilder, als sie im verflochtenen Jahre sich boten, liegen diesmal auf, wenn man aus Jahresrückblick die Entlohnung betrachtet, die Deutschlands innere Politik im Jahre 1903 gewonnen hat. Stand das Reich damals unter dem Einfluß der schillernden Zolltarif-Kämpfe, die damals in neuerer Zeit ein Volk bewegt haben, waren es insbesondere die wirtschaftlichen Fragen, die das deutsche Bürgertum auftritten aus seiner Selbstargie, so trug die innere Situation diesmal einen ausgeprägten politischen Charakter wegen der Wahlen, die im Reich sowohl wie in Preußen und in zahlreichen anderen Bundesstaaten stattfanden. Über trotzdem ist man kaum in der Lage, dem im Ersteren begriffenen Jahre 1903 nachzugehen, das es irgendwie von bestimmendem Einfluß auf die gegenwärtige oder künftige Gestaltung unserer inneren Verhältnisse gewesen wäre, denn so sehr auch die zollpolitischen Fragen die einzelnen Bevölkerungsschichten bewegt und die verschiedenen Erwerbskreise zu aktivem Eingreifen veranlaßt hatten, so schnell erlahmten die durch die Unentschiedenheit wachgerufenen Geister und lagen größtenteils wieder im Nichtschlaffe, als es galt, nun auch einmal aus grober allgemeiner politischer Gesichtspunkte auf den Plan zu treten. Nur ganz vereinzelt noch wirkte bei den Reichstagswahlen die Erinnerung an die Zolltarifkämpfe und die Gefahren, die ihr Ausgang für den deutschen Handel bringen kann, nach in den meisten Fällen führten die Wähler die Hände dorthin, die sie mit Nutzen gepfeift, d. h. sie vermochten sich nicht dazu aufzuföhnen, die Wahlen zu einem Proklamatorium gegen die Politik der Regierung zu gestalten. Und doch wäre dies unwidrig zu erreichen gewesen, wie das Ausdrücken der Stimmungen und der Mandate der Sozialdemokratie beweist, es wäre auch zu erreichen gewesen, das liberale Bürgertum über seine Gegner von rechts und von links zu trennen zu lassen, wenn es nicht so viele Tausende von Angehörigen dieses Bürgerturns vorzogen hätten, entweder hinter den Joch zu bleiben, statt alle kleinsten Erwägungen beiseite zu schieben, und als entschlossene Kämpfer für eine freisinnige Ausgestaltung unserer inneren Verhältnisse die Reihen dorthin zu versetzen, die sich ihrer staatsbürgerlichen Pflichten bewußt blieben, oder wenn sie nicht in unglücklicher Verblendung die Waffen gegen sich selbst geföhrt hätten, indem sie denen zum Siege verhalfen, von denen alles andere aber eine Verletzung zu erwarten ist.

Soldatengestalt nur wurde es möglich, daß die Sozialdemokratie als Triumphtor aus den Wahlen hervorging, daß sie während des ganzen Jahres fast gewissermaßen die Situation insoweit beherrschte, als ihr Anwachsen und ihre Verände, auch in den Landtag einzubringen, nicht nur die Aufmerksamkeit der Regierung, sondern auch die der Parteien in hohem Grade in Anspruch nahmen. Von den Reichstagswahlen bis zum Dresdener Parteitag und von hier aus insolge der durchaus unklugen und tatsächlich verfehlten Weise, in der sie durch einzelne Politiker in den Vordergrund der parteipolitischen Erörterungen gehoben wurde, bis zu den Landtagswahlen beschäftigte sich alles nur mit der Sozialdemokratie, und auch darüber hinaus noch blieb ihr ihr „Schwiegenheit“ hold, weil sie gleich zu Beginn der Verhandlungen des neuen Reichstages insolge der Neben des Reichstagsrats fast acht Tage hindurch den Mittelpunkt des Interesses bildete. Daß der Dresdener Parteitag mit seiner schmächtigsten aller bisher von den Herren Sozialdemokraten gewählten schmächtigsten Wahlen gerade nicht während für die sozialistische Partei wirkte, daß er erkennen ließ, wie sehr die Zersplitterung, die von der Wähler, Klerik und Genossen in die bürgerliche Gesellschaft zu tragen vermag, bereits in den eigenen Reihen nun sich greift, und daß andererseits die schon erwähnten Neben des Grafen Bülow vor dem ganzen Lande die innere Hohlheit der sozialistischen Theorien, ihre Unübertragbarkeit in die Praxis zeigten, fällt dabei weniger stark ins Gewicht, als man vielleicht zu glauben geneigt ist. Die „Masse“ hält noch immer die Partei ihrer Unterstützung am würdigsten, die am meisten von sich reden zu machen weiß, und das ist eben in diesem Jahre die Sozialdemokratie gewesen. Sie hat den Erfolg aufzuweisen, daß sie aller Bekämpfung ungeachtet den bürgerlichen Parteien zwei Dutzend Mandate abzunehmen vermochte, daß diese Parteien ebenso wie die Regierung ernstlich mit ihr rechnen, und das genügt, ihr auch für die nächste Zeit eine reiche Erfolgshaft zu sichern. Es mißte denn sein, daß die Regierung sich ernstlich entschloß, ihrer Politik einen Inhalt zu geben, der vollständig und darauf berechnet ist, die arbeitende Klasse wieder in das Lager der bürgerlichen Kreise zurückzuführen. Daß sie das bisher verfehlt hat, ist der größte Fehler gewesen, und daß sie es unterließ, vor den Wahlen klar und unabweidrig vor dem ganzen Lande die Aufgaben zu kennzeichnen, die sie sich gestellt hat, hat wesentlich zu der Zersplitterung der bürgerlichen Wähler, zu ihrer Zurückhaltung, zur Vermehrung der Zahl der sozialdemokratischen Mandate beigetragen. Davon läßt sich nichts abstreiten, und wenn das Jahr 1903 auch die inneren bemerkenswerten Nachteile zu verzeichnen hat, daß der bürgerliche Liberalismus sich scharf abgegrenzt hat von dem Sozialismus, daß er jede Gemeinschaft mit diesem selbst bei den Wahlen ablehnte, und daß durch Zusammenbruch seiner verfehlten Parteistellungen bei den Landtagswahlen den Grundstein legte zu einem ferneren gemeinsamen Wirken, so gehört der Regierung oder ihrer Politik nur insoweit ein Verdienst daran,

als sie es eben gemein sind, die die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines vereinten Vorgehens zeitigen. Hätte die Regierung vermocht, mit einem großzügigen Programm, dessen Inhalt geeignet gewesen wäre, das Bürgertum zu neuer Mitarbeit am öffentlichen Leben zu begeistern, vor das Land zu treten, dann wäre diese Erkenntnis in ihren Folgen vielleicht deutlicher in die Erscheinung getreten, als es der Fall war; aber auch so hat man Veranlassung, mit dem Erfolg zufrieden zu sein. Auf den ersten Sieg fällt eben kein Baum und bei einer nachhaltigen, fortgesetzten Stärkung des Einigungsgebändens wird der bürgerliche Gesamtliberalismus bei späteren Wahlen hoffentlich noch eine tiefere Wirkung auf die Wähler zu erzielen vermögen.

Inwiefern das Programm, das Graf Bülow in seinen Neben gegen Rebel vertrat, das Programm des Vermeidens jeglichen Zielkampfes zwischen den bürgerlichen Parteien nämlich, auf diese liberale Koalition zurückzuführen ist, mag hier unerörtert bleiben. Ganz ohne Einfluß dürfte jedenfalls die scharfe Position des Liberalismus von rechts und von links auf die inneren, gemeinsamen Gedanken der Regierung nicht geblieben sein, und es gehört auch wahrlich kein allzu großes Staatsmännisches Genie zu der Erkenntnis, daß nur im Reichen des Liberalismus künftig noch Erfolge von der Regierung erzielt werden können. Um zwischen der Reaktion und dem Sozialismus zusammenzupressen und zerquetscht zu werden, dazu ist der liberale Gedanke zu alt und zu mächtig im Volke; er muß und wird sich also eher kurz oder lang Raum schaffen, und es kommt allerdings lediglich auf die Regierung an, nach welcher Richtung hin er sich ausbreiten wird. Der Ausspruch des Kanzlers, daß er sein Ziel darin zu sehen vermöge, wenn die Regierung der Sozialdemokratie mit einem neuen Ausnahmengesetz zu Leibe rüde, wäre ja geeignet, die Mäßigkeit anzudeuten, nach der sich diese Expedition bewegen würde, aber die Regierung pflegt bei uns nicht sonderlich fest in ihren Überzeugungen zu sein und deshalb unterläßt man es lieber, allzu viel Gewicht auf solche Aussagen zu legen. Die Politik, die bisher im Reiche in den Preußen getrieben wurde, war zu sehr ein Produkt der Stimmungen, als daß man mit ihr rechnen konnte, und sie wird es wohl bleiben, so lange aber dem, was die Minister mit Einschluß des Reichstagsrats tun und lassen, das Damoklesschwert eines höheren Willens schwebt, eines Willens, der sich leicht höflichen Suggestionen unterworfen ist, als daß er immer das zu treffen und zu erkennen vermöchte, was dem Volke frommt, was es wünscht und was es zu verlangen schließlich auch ein Recht hat. Auf die programmatischen Anwendungen des Grafen Bülow also zu bauen, erscheint, so erhellend sie auch sind und so sehr sie einen Rückblick in der innerpolitischen Geschichte dieses Jahres bilden, nicht rätlich. Sehe jeder, wo er bleibe, und wer steht, daß er nicht falle — sagt man hier am besten mit dem Altmeister unserer Klaffter, und speziell der Liberalismus ist es, für den sich die Anwendung dieser Lehre aus der ganzen Entwicklung der parteipolitischen Verhältnisse des nun endenden Jahres ergibt. Mit konsequenter Verfolgung und Verwirklichung seiner Grundbände, die ihn veranlaßt, die Regierung zu unterstützen oder zu bekämpfen überall da, wo es das Interesse des Volkes erheischt, muß es ihm endlich gelingen, den Mann zu brechen, der über dem deutschen Volke lagert, und wenn diese Beharrlichkeit den weiteren Erfolg hat, die Regierung in ihren programmatischen Grundbänden zu stärken und sie zu veranlassen, diese Grundbände in liberalem Sinne zu gestalten, dann wird er die Aufgabe, die ihm in unserem politischen Leben gestellt ist, mit doppeltem Eifer zu erfüllen streben. Dann wird vielleicht auch die innerpolitische Jahresbilanz wesentlich freundlicher und befriedigender ausfallen, als es heuer der Fall ist. Sch.

## Deutsches Reich.

### Sof- und Personaländerungen.

Der Kaiser schreibt, wie die „Kreuzzeitung“ meldet, zum Besten der Reichstages der Reichstages Grafen Bülow eine in Bronze ausgeführte, auf marmornen Sockel ruhende Statuette Kaiser Wilhelms I. Der Verfertiger ist in der bekanten Haltung dargestellt, wie er Vorträge entgegenzunehmen pflegte, im Inneren des Reichstages mit dem Reichstagspräsidenten in der Hand. Bekanntlich stand der Vater des gegenwärtigen Reichstagspräsidenten bei Kaiser Wilhelm I. in besonderer Verehrung.

Die Nachricht von einer beschleunigten Verlobung des im 18. Lebensjahre stehenden Königs Alfons von Spanien mit der 17jährigen Tochter des Prinzgen Rudolph Ferdinand von Bayern und seiner Gattin geb. Infantin Maria de la Paz — Prinzessin Maria de Pilar wird jetzt von neuem in der Form fortgesetzt, daß diese Verbindung längst geplant sei, und daß die Komille der künftigen Prinzessin Anhang Zarina nach Madrid reise, um eine Annäherung der beiden herbeizuföhren. Unmöglich ist's nicht, aber zu verzögern ist es ebenfalls.

### Die deutsche Zentrumspresse und das päpstliche Motiv.

Das sog. Motivproble des Papstes über das sozialpolitische Verhalten des Reichs und seiner Presse endete mit der Drohung: Die Presse, die sich den päpstlichen Willen nicht füge, werde verboten werden. Das hat der „Kön. Volksz.“ keine Verlegenheiten verursacht, und sie atmet nun erleichtert auf, als sie aus dem „Observatore Romano“ herausliest, daß der Erfolg sich lediglich für die italienischen Verhältnisse verhält. Sie schreibt:

gemeinrechtlichen Bestimmungen und der Konstitution Officium ac monerum, nur für Italien. Es sind das Anweisungen der Kongregation für außerordentliche Angelegenheiten, und diese Anweisungen sind bestimmtlich nur für Italien ergangen. Wir wollen diese Bestimmungen sofort machen, da manche Wähler wohl halb von der Aneignung der Zentrumspresse“ wiss. reden werden. Man dem „Observatore Romano“ mögen sie sich betheilen lassen, daß Bius X. in dem Motivproble zu „seinen italienischen Söhnen“ gesprochen hat.

Reider können wir der „Kön. Volksz.“ nicht den Gefallen tun, das zu glauben. Nur das eine mag zugegeben werden, daß der Erfolg sich „besonders für Italien“ verhalte und in seiner Fassung einigermaßen unklar ist. Es heißt am Schluß:

„Von dieser unserer Fürsorge für das allgemeine Wohl der katholischen Aktion besonders in Italien hoffen wir mit dem göttlichen Segen reichliche und gute Früchte. Gebeten zu Rom bei St. Peter am 18. Dez. 1903 im ersten Jahr unserer Pontifikats. Bius X.“

Weniger als Bius X. dies „besonders“ aufgehört hat, geht völlig genaugen aus anderen Stellen dieses Motivproble hervor. Wenn da u. a. gesagt wird, daß der Erfolg einen Auszug bieten wolle aus den Grundsätzen Leo's XIII., um die darin niedergelegten Grundsätze deutlicher einschärfen zu können, so heißt es im Urtik:

„Um sie nun in leichter Weise zu vergegenwärtigen, haben wir sie in den folgenden Artikeln wie in einem Auszuge aus der katholischen Aktion besonders in Italien, die wir aus dem göttlichen Segen reichliche und gute Früchte erwarten. Gebeten zu Rom bei St. Peter am 18. Dez. 1903 im ersten Jahr unserer Pontifikats. Bius X.“

### Und weiter unten:

Wir unserer apostolischen Autorität erneuern Wir aus eigenem Anschlusse und mit vollem Willen die vorgenannten Fundamentalnormen in allen ihren Teilen und verbieten, daß sie an alle katholischen Familien, Gesellschaften und Vereine jealiter der Art (Nicht nicht bloß in Italien!) nicht geteilt werden. Diese Vereine müssen sie an ihren Zielen festhalten und bei den Bestimmungen oft zur Verleugung bringen. Wir verbieten überdies, daß die katholischen Journale die vollständig verheerlichen und die Verleugung abgeben, sie zu bekräftigen; sie sollen sie gemessenhaft beobachten; unbillig sind sie strenge zu ermahnen, und wenn sie nach erfolgter Ermahnung sich nicht fügen, sollen sie von der kirchlichen Veröde verboten werden.

Es ist ja recht rüchlich, wenn die Zentrumspresse sich von Hause aus dagegen verweigert, daß sie sich diesem päpstlichen Erlaß zu unterwerfen habe. Aber glauben kann ihr das niemand. Trotz aller Drohens und Wendens gilt demnach alle Beglote auch für sie. Und was das zu bedeuten hat, geht u. a. aus folgendem Satz der Encyclica hervor, der einmal wieder drastisch die Stellung des Liberalismus zu Wissenschaft bekräftigt, und den deshalb die „Kön. Volksz.“ am liebsten zu allererst abschütteln möchte:

Besonders in jenen Dingen, welche religiöse Interessen und die Tätigkeit der Kirche in der Gesellschaft betreffen, müssen die katholischen Schriftsteller vollständig mit ihren Ansichten und Meinungen, sowie alle übrigen Grundsätze ihrer Religion, auch mit dem reinen Verstande, die sie besitzen. Sie müssen sich besonders hüten, bei allen wichtigen Angelegenheiten den Entschlüssen des apostolischen Stuhles vorzugreifen. Die christlichdemokratischen Schriftsteller, die u. a. zunächst die im Dienste der italienischen Gesellschaft Democrazia italiana stehenden Schriftsteller, nicht, nicht, sowie alle in der katholischen Kirche sich befindlichen Schriftsteller, welche die Religion, die kirchliche Moral und die natürliche Gerechtigkeit betreffen, nach den Bestimmungen der Konstitution Officium ac monerum (Art. 4) der Preventivcensur des Ordinarius unterbreiten. Die Geschriften müssen nach den Bestimmungen derselben Konstitution (Art. 42) auch dann, wenn sie Schriften rein wissenschaftlichen Charakters veröffentlichen, die vorherige Zustimmung des Ordinarius einholen.

Diese radikale Unterwerfung der Wissenschaft unter den Willen der Bischöfe und unter die Summa aller Wunders und Seltens-legenden gilt also nicht nur für Italien, sondern für alle katholischen Schriftsteller aller Länder. Wenn jetzt die „Kön. Volksz.“ lediglich aus einer unklaren Zweckmäßigkeit des Motivproble die willkommene Entschärfung heranziehen will, daß diese Kreislauf der Wissenschaft nur für Italien gelten solle, und besonders politische Schriftsteller nicht die Öffentlichkeit, die sie auch in öffentlichen Rundebungen gegenüber noch etwas Kritik bewahrt hat, darauf hin, daß das Papsttum nur den Dingen Italiens innerlich nahe, allen anderen Nationen mehr oder weniger fremd gegenüber stehe. Bius redet von Italien, als wäre es die Welt. Vergebungen, die nach der „Kön. Volksz.“ „nur für Italien zu verstehen sind“, überträgt er in einem Atem auf „alle Katholiken aller Länder“ — ein neuer Beweis dafür, wie das angeblich so internationale Papsttum und im besonderen Bius X., der nie länger im Ausland wollte, die Dinge aus italienischem Gesichtswinkel betrachtet, welche italienische nationale Einwirkung das Papsttum allmählich geworden ist. Auch diese erneute Abklärung des Papstes durch irgend einen Kardinal im „Observatore Romano“ — die erhe erfolgte, als Bius in seiner weltlichen Welterschöpftheit einem liberalen italienischen Senator seinen Segen erteilte — ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Unterwerfung des deutschen Liberalismus unter das Papsttum stets und eine freiwillige Abweyung deutschen Wesens vor dem römischen „katholischen Papsttum“ bleiben wird, der sich zum Glück von dem besten tiefsten Aufwallung des deutschen Unterbewußten, von dem aber die ganze religiöse und kirchliche Aufwallungswelle des Vortages vollkommen befreit ist. \*





